Nr. 246 XXVIII. Jahrgang — Mittwoch, 6. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Lieferungs- oder Konkurs 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Frankreich und Deutschland

In der französischen Presse wird augenblicks viel Interesse für eine deutsch-französische Annäherung gezeigt, und man betont jetzt in Paris möglichst oft und deutlich den aufrichtigen Friedensgeist, den die „große und siegreiche Nation" gegenüber Deutschland hege. In diesem Sinne wird auch die Reise des französischen Botschafters Laurent nach Paris beurteilt. Allerdings ist die französische Presse nie ganz ohne Vorbehalt, sie schulmeistert nebenbei zu gerne an dem geschlagenen Deutschland herum. Und so wird denn auch diesmal wieder charakteristischerweise Unfreundliches mit dem Entgegenkommenden vermischt:

☞ **Paris**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" schreibt: „Charles Laurent, der französische Botschafter in Berlin, ist gestern in Paris eingetroffen. Die Berliner Zeitungen haben für diese Reise in letzter Zeit viel Reklame gemacht und die deutschen Behörden haben französischen und englischen Korrespondenten erklärt, Laurent werde besondere, uns zufriedenstellende Vorschläge für die Wiedergutmachung mit nach Paris nehmen. Hierin besteht eine große Uebertreibung und man fragt sich, warum die Deutschen Vorschläge für den Handel auf diese Art übergeben haben. Die französische Regierung wünscht lebhaft und hat es verschiedene Male bewiesen, ihr möglichstes zur Wiederaufnahme der normalen wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland zu tun. Diese Wiederaufnahme wird beiden Ländern nur Vorteile bringen, aber es ist zu scherzhaft, glauben zu wollen, daß die Vorschläge ein Problem wie das der Wiedergutmachung regeln können." — Im gleichen Sinne schreibt Pertinax im „Echo de Paris". Er führt nur des weiteren aus: Deutschland käme seinen Verpflichtungen nur nach, wenn es den Druck der Verbündeten fühle. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit gehe klar hervor, daß Deutschland nur dann den Vorschriften der Verbündeten gehorche, wenn diese gewaltsam aufgezwungen werden, daß Deutschland sich aber seinen Verpflichtungen entziehe, wenn es sich frei glaube.

Damit ist zugleich das große Mißtrauen wieder aufgenommen, das heute das schwerste Hemmnis der deutsch-französischen Verständigung bildet. Wegen dieses Mißtrauens Frankreichs an die guten Absichten Deutschlands hat unser Volk die ärgsten Drangsale zu erleiden, die ihm die Diktatur der Siegermächte zuzumuten wagt. Ein neues Beispiel dieses Mißtrauens bietet folgender Vorgang:

☞ **Paris**, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zu der Ernennung des englischen Generals Malcolm zum Militärattaché in Berlin schreibt das „Echo de Paris": General Malcolm ist nach Berlin gekommen, um sich mit der Rückbeförderung der Kriegsgefangenen zu beschäftigen. Er ist ohne Spezialauftrag dort geblieben, umgeben von einer Anzahl Offiziere, deren Aufgabe ebenso unklar ist wie die seinige. Man muß sagen, daß die von General Malcolm bisher befolgte Politik nicht von der Art ist, um die Zusammenarbeit Englands und Frankreichs inniger zu gestalten. Kürzlich hat General Malcolm einige Tage in Brüssel zugebracht, um der Finanzkonferenz beizuwohnen. Man kann fragen, wie diese Konferenz einen englischen General interessieren kann.

Wie soll man sich mit Frankreich verständigen können, wenn es uns jedwede Freiheit, auch mit andern Nationen in ein verträgliches Verhältnis zu kommen, unterbinden will? Und es ist schwer, an die Beteuerungen des „Temps" zu glauben, der gestern ausführt:

„Nach allem, was Frankreich erlitten hat, denkt es nicht daran, eine Politik der Rache und der Repressalien durchzuführen. Es besteht nur darauf, sein Recht zu verteidigen. Es verlangt, daß Deutschland loyal den Vertrag ausführt, den es in Versailles unterschrieben hat und der die gerechte Wiedergutmachung und unerläßliche Garantien für die französische Sicherheit enthält. Aber sobald das erlangt ist, wird die französische Regierung die erste sein, die sich auf den von jeher bewiesenen verantwortlichen Geist stützt, um möglichst schnell die normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern herzustellen. Frankreich will den Ruin Deutschlands nicht, sondern wird, da sich das deutsche Interesse mit den französischen Interessen berührt, niemals mit Voreingenommenheit handeln." Zum Schluß dieses Artikels wird dann natürlich wieder die in dieser allgemeinen Form unkritische Behauptung aufgestellt, daß in Deutschland immer noch eine Campagne des Hasses gegen Frankreich geführt werde. Die schrecklichen Verleumdungen gegen die französische Regierung und das französische Volk seien das gewöhnliche Thema, auf das sich die Publizisten ohne Verantwortung stützten, und es gelänge ihnen damit, bei dem deutschen Volk eine Frankreich feindliche Meinung hervorzubringen.

Wenn man in Frankreich nur endlich einsehen wollte, daß es selbst nicht untätig bleiben darf, wenn man eine wahre Versöhnung erstrebt!

•

Frankreichs Kohlenhunger

* **Basel**, 5. Oktober. Die französische Regierung verhandelt zur Zeit mit dem Präsidenten Berwindt aus Philadelphia, der über die Produktion zahlreicher amerikanischer Kohlengruben verfügt, zwecks Kohlenlieferung für die Wintermonate. Wie Berwindt mitteilt, wird Amerika 6 bis 8 Millionen Tonnen in den nächsten zwölf Monaten nach Frankreich und Italien liefern können.

•

Neue deutsche Konsulate in Frankreich

☞ **Genf**, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) „Journal des Débats" meldet: Beim Empfange des deutschen Botschafters durch den Ministerpräsidenten Leygues wurde die Frage der Wiederzulassung des freien Handels zwischen Frankreich und Deutschland eingehend erörtert. Als erster Schritt hierfür ist die Wiedererrichtung von sieben deutschen Handelskonsulaten in Frankreich anzusehen, die Botschafter Mayer für Anfang November ankündigt.

Der Raub der deutschen Kolonien

☞ **Paris**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Aus Lome in Togo wird gemeldet: Die Stadt Lome wurde am 1. Oktober im Laufe einer Feierlichkeit an Frankreich übergeben, bei der die eingeborenen Häuptlinge und der Vertreter Englands zugegen waren.

•

Die Brüsseler Konferenz

zl. **Berlin**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet am Montag aus Brüssel: Die Finanzkommission hat die deutschen Vertreter um eine Ergänzung über bestimmte Erklärungen im letzten Bericht ersucht, der von der deutschen Wirtschaftslage handelt. Vertreter der Ententekommission in Berlin sind in Brüssel eingetroffen, um an den Besprechungen über die deutsche Finanzlage in der Kommission teilzunehmen.

Der Ausschuß der Finanzkonferenz für den internationalen Handel hat eine Entschließung für Handelsfreiheit fast einstimmig angenommen.

•

Kein Aufgeben der Genfer Konferenz?

D. **Haag**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die „Haagsche Post" berichtet aus London, daß die englische Regierung an dem Gedanken, in Genf eine Konferenz abzuhalten, festhalte und daß er augenblicklich den Gegenstand eines lebhaften Gedankenaustausches zwischen der französischen und englischen Regierung bilde, so daß also von einem Aufgeben der Genfer Konferenz noch keine Rede sein könne.

•

Die amerikanischen Gelder in Deutschland

□ **New-York**, 4. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach Mitteilungen des amerikanischen Delegierten Boyden in Brüssel sind seit dem Waffenstillstand 150 Millionen Dollar in Deutschland investiert worden.

•

Was die Entente Amerika schuldet

☞ **Paris**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Intransigeant" gibt eine Zusammenstellung der Darlehen, die die Vereinigten Staaten seit dem Eintritt in den Krieg bis Ende November 1919 den Alliierten gewährt haben. Es entfallen auf England 21,1 Milliarden Franken, auf Frankreich 14,9 Milliarden, auf Italien 8,2 Milliarden, auf Belgien 1,7 Milliarden, auf Rußland 960 Millionen und auf die übrigen kleinen Staaten 680 Millionen Franken, zusammen also 47,5 Milliarden Franken.

•

Wilson meldet sich wieder

□ **New-York**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In dem Wahlfeldzug veröffentlicht Präsident Wilson einen Aufruf an die Amerikaner, worin er zur Unterstützung des Völkerbundes auffordert. Wilson widerspricht darin der Behauptung, daß die Vereinigten Staaten durch den Artikel 10 der Völkerbundssatzung in den Krieg gedrängt werden könnten. Der Kongreß behalte vielmehr völlige Freiheit darüber, ob er einen Krieg erkläre oder nicht.

•

Unversöhnlichkeit in Brüssel

⊙ **Haag**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Brüsseler Pressevorband gab gestern abend den ausländischen Kollegen, die zu der Internationalen Konferenz erschienen sind, ein Essen, von dem die Deutschen ausgeschlossen waren.

Oesterreich und die Anschlußfrage

Wie aus Wien berichtet wird, erklärte Staatssekretär Dr. Mayer in einer Versammlung in Fulnek bezüglich der Anschlußfrage, daß der Anschluß doch endlich in irgendeiner Weise, ob politisch oder wirtschaftlich, zustande kommen müsse. Der Eintritt Oesterreichs in eine Donaukonföderation sei ein Unding, und er glaube, daß auch die Entente diesen Plan bereits fallen gelassen habe.

Ueber die gegenwärtige Stellung Frankreichs in der Anschlußfrage erfahren wir aus unterrichteter Quelle folgendes:

+ **Berlin**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In politischen und diplomatischen Kreisen verlautet, daß Frankreich entschlossen ist, den sogenannten kleinen Anschluß ebensowenig zuzulassen, wie den Anschluß Oesterreichs an das gesamte Deutsche Reich. Unter dem kleinen Anschluß versteht die französische Regierung die Vereinigung Oesterreichs mit den süddeutschen Staaten, falls dieselben sich von Norddeutschland trennen sollten. In Paris würde von maßgebenden Persönlichkeiten erklärt, daß eine Anschließung Oesterreichs an ein selbständiges Süddeutschland nichts anderes wäre, als eine vorübergehende Erscheinung, ebenso wie das eine eventuelle Trennung Süddeutschlands vom Reiche wäre. — Nach Informationen aus politischen Kreisen steht übrigens eine formelle Kundgebung der Entente in der Anschlußfrage bevor. Von französischer Seite wird betont, daß in einem neuerlichen Anschlußverbot die Aufnahme Oesterreichs und Deutschlands in den Völkerbund von dem Verzicht auf die Aufrollung des Anschlußproblems abhängig gemacht wird.

Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so ist es allerdings kaum eine Frage, daß Deutschland besser täte, eine etwaige Aufnahme in den Völkerbund strikte abzulehnen.

Zu den österreichischen Wahlen

□ **Wien**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Bei den kommenden österreichischen Parlamentswahlen ist in dem Wiener Wahlbezirk mit dem Auftreten von nicht weniger als wenn Parteien zu rechnen, und zwar der Bürgerlichen Arbeitspartei, der Christlichsozialen, der Großdeutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen sozialistischen Arbeiterpartei, der Vereinigten tschechischen Parteien, der Jüdisch-Nationalen, der Kommunisten und der Deutschen Bauernpartei. Die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten lassen im allgemeinen an der Spitze der Listen ihre bisherigen Abgeordneten kandidieren. Im zweiten Wiener Wahlkreis ist der Berliner Gesandte Dr. Hertmann an die dritte Stelle des sozialdemokratischen Vorschlages gerückt worden, während an zweiter Stelle die bisherige Abgeordnete Frau Therese Schlesinger steht.

Der Krieg im Osten

Die neuesten Berichte lassen das Ausmaß der neuen russischen Niederlage deutlicher erkennen. So melden die Polen seit Mitte September eine Gesamtzahl von 42 000 Gefangenen und eine Beute von 100 Geschützen, 550 Maschinengewehren, 80 Panzerautos, 2540 Waggons und zahlreichem andern Kriegsmaterial. Die Polen wollen eine zunehmende Panik und Zusammenhaltlosigkeit unter den bolschewistischen Truppen festgestellt haben.

So wird auch verständlich, daß die Polen scheinbar beabsichtigen, eine Ruhestellung zu beziehen. Rußland scheint ihnen vorderhand nicht mehr gefährlich. Es wird uns darüber gedrahtet:

□ **Warschau**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **In hiesigen militärischen Kreisen verlautet mit Bestimmtheit, daß der Vormarsch der Polen eingestellt werde. Die Polen haben jetzt die Linie der alten deutschen Schützengräben östlich Pinsk erreicht, welche Stellung ihnen genügend Sicherheit bietet, um einem neuen russischen Vormarsch ausreichenden Widerstand entgegensetzen zu können.**

Mit größter Vorsicht ist dagegen folgender Meldung vom südöstlichen Kriegsschauplatz zu begegnen:

☞ **Paris**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Matin" bringt die Nachricht, daß die russische Südarmee kapituliert habe. 25 000 Mann der Roten Armee hätten sich den Truppen Wrangels ergeben.**

Sicher ist allerdings, daß die Rote Armee in der Krim und in der Ukraine erheblichen Geländeverlust neuerdings zu verzeichnen hat. So meldet auch das Ukrainische Pressebureau, daß eine beiderseits des Flusses Sluez vorgehende ukrainische Armeegruppe den Hauptwiderstand des Feindes gebrochen habe. Die Roten Truppen hätten den Rückzug auf Berdischew angetreten und die sie verfolgenden ukrainischen Truppen hätten Lubar erreicht.

•

Die Verhandlungen in Riga

Die russisch-polnischen Verhandlungen erhalten ein neues Gesicht durch die Reise Tschitscherins nach Riga. Wir erfahren darüber:

□ **Riga**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin ist in Riga eingetroffen, um für die russische Delegation die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen. Seine allgemein gehaltene Kennzeichnung der Sachlage läßt keine besonders optimistische Hoffnung auf einen baldigen Friedensschluß zu.**

Auch der polnische Vizeministerpräsident Dasznski rüstet sich für die Fahrt nach Riga. Man darf gespannt sein, wie sich die Lage in diesen Tagen entwickelt. Inzwischen ruhen die Verhandlungen so gut wie ganz.

☞ **Basel**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) **Die „Baseler Nachrichten" melden aus Riga: Die Russen haben ihre Zusage, den Waffenstillstand zu den gestellten Bedingungen zu unterzeichnen, unerwartet zurückgezogen. Sie haben eine weitere Frist bis Mittwoch verlangt, die ihnen zugestanden worden ist.**

Es ist bezeichnend für die russische Taktik, daß sie immer im letzten Augenblick wieder die gemachten Zugeständnisse zurückzuziehen oder wenigstens hinauszuschieben wissen. In Warschau ist man jedoch auch weiterhin optimistisch. So ist jetzt die polnische Militärkommission nach Riga abgereist, die an der technischen Festlegung der Demarkationslinie für den Waffenstillstand teilnehmen soll. Dies darf als Beweis angesehen werden, daß man polnischerseits den Abschluß des Waffenstillstand und Präliminarfriedens als fast unmittelbar bevorstehend ansieht.

•

Der polnisch-litauische Konflikt

Die Litauische Telegraphenagentur teilt mit, daß bei den Verhandlungen in Suwalki die Polen eine Demarkationslinie westlich des Niemenflusses verlangten, die die Linie vom 8. Dezember zugunsten Litauens überschreitet. Die Litauer erklärten, diese Forderungen nicht annehmen zu können. Ohne das endgültige Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, hätten nun inzwischen die Polen mit starken Kräften Orany angegriffen, um auf diese Weise die litauische Delegation in Suwalki und die fünfgliedrige Kommission des Völkerbundes vor eine vollendete Tatsache zu stellen und durch Waffengewalt eine Entscheidung zugunsten Litauens zu erzwingen. Dieser polnische Waffenstillstandsbruch bedeute eine neue Verletzung der Entschließung des Völkerbundes und sei ein neuer Beweis für die rücksichtslose Eroberungspolitik Polens gegenüber Litauen.

Darüber wird noch ergänzend gemeldet:

× **Kowno**, 5. Oktober. (Lit. Tel.-Ag.) **Die Polen, die mit einigen Divisionen Artillerie und Kavallerie die Litauer bei Orany überfallen hatten, besetzten nach heftigem Widerstand den Bahnhof. Auf beiden Seiten sind große Verluste zu verzeichnen. Die Polen setzen ihre Angriffe auch an andern Orten fort.**

Es ist fast unglaublich, wie die Polen den Litauern gegenüber das Recht des Stärkeren ausspielen. Sollte denn der Völkerbund gar keine Macht besitzen, sie in ihre Schranken zurückzuweisen?!

•

Ein weibliches Freiwilligenkorps

✠ **Posen**, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Ein Freiwilligenkorps von über 250 weiblichen Soldaten wurde am letzten Sonntag in der Posener Festung vereidigt.

Die Lage in Irland

× **London**, 5. Oktober. In den letzten Tagen ist es in Cork wiederholt zu neuen Angriffen auf Polizeipatrouillen gekommen. Ein Polizeibeamter wurde getötet, vier verletzt. Aehnliche Nachrichten kommen aus Dublin und French. In French wird die Polizeikaserne von Sinnfeinern belagert. In der Grafschaft Cork wurde ein Zug angehalten und Militärmaterial aus ihm geraubt.

Wann wird abgestimmt?

Von unserm oberschlesischen Mitarbeiter

Oppeln, Anfang Oktober

Im Brennpunkt des allgemeinen Interesses steht naturgemäß augenblicklich die Frage der Abstimmung. Denn alles, was hier geschieht und geschehen ist, geschieht und geschah doch nur der Abstimmung wegen. Im allgemeinen betrachtet, könnte eine Beantwortung der Frage: Wann muß im deutschen Interesse die Abstimmung stattfinden? äußerst einfach erscheinen. Angesichts der polnischen Propaganda, angesichts der letzten gewaltsamen Erfolge der polnischen Aufrührer aber muß man doch wohl eine möglichst schnelle Abstimmung herbeizuführen suchen. Aber dem steht vielerlei entgegen.

Die oberschlesischen Verhältnisse sind so verworren wie wohl selten ähnliche. Es sprechen hier bei allen Fragen so viel Strömungen und Unterströmungen mit, daß es vielleicht überhaupt unmöglich ist, eine klar gefaßte Antwort auf eine bestimmte Frage zu geben; vor allem eine Antwort, die auch morgen und in der Zukunft noch Gültigkeit und Berechtigung hat. Im Augenblick kann man, soviel steht wohl fest, von der Möglichkeit einer Volksbefragung überhaupt nicht sprechen. Denn wie sollte eine ordnungsmäßige Abstimmung vor sich gehen, wenn es nicht möglich ist, die Wähler überall vor dem Terror polnischer Kreise zu schützen? Und diese Möglichkeit ist nicht vorhanden. Vielmehr muß die noch teilweise bestehende Gesetzlosigkeit im Wirrwarr einer Abstimmung zu einer allgemeinen werden, da die schon jetzt zu schwachen und energielosen Besatzungstruppen dann entweder ihre Kräfte völlig zersplittern oder untätig dem allgemeinen Aufruhr zusehen müßten. Aus diesem Grunde betreiben die Polen ja auch nicht ohne Erfolg eine gewaltige Propaganda für eine sofortige Abstimmung unter dem Hinweis, daß bereits überall Ruhe und Ordnung wiedereingetreten seien und daß die dauernde Beruhigung der Bevölkerung erst nach einer Abstimmung wieder eintreten könne. Mit dem letzteren Argument haben sie nicht unrecht. In diesem Sinne, nämlich eine baldige völlige Beruhigung herbeizuführen, begegnen sich die Wünsche der Polen und Deutschen. Der Unterschied liegt nur in der Auffassung von der Gesetzmäßigkeit der jetzigen Verhältnisse.

Die Polen, die mit Recht den Ausgang einer geordneten Abstimmung fürchten, suchen eine möglichst große Verwirrung zu schaffen, um dann entweder das Ergebnis durch Terror zu ihren Gunsten umzufärben oder überhaupt unmöglich zu machen. Sie hoffen, daß der Entscheid dann in gleicher Weise etwa ausfällt wie in Eupen und Malmedy. Durch die Antwort des obersten Rates an die deutsche Reichsregierung über Eupen-Malmedy ist diese Hoffnung der Polen natürlich bedeutend gestiegen. Um nun die durch die Unruhen schon große Verwirrung noch zu vergrößern, werfen sie immer neue Fragen auf, Fragen, die längst durch die Bestimmungen der Anlage zum Versailler Friedensvertrag geregelt sind.

So verlangen sie, daß im Abstimmungsgebiet nach Kreisen abgestimmt werde und daß die auswärtigen Oberschlesier nicht das Recht der Abstimmung erhalten. Beide Punkte sind bereits geregelt. Oberschlesien ist in den genannten Bestimmungen als ein geschlossenes Gebiet aufgefaßt, das auch geschlossen abzustimmen hat. Die Forderung, die Auswärtigen, das heißt die im Reiche wohnenden Oberschlesier von der Volksbefragung auszuschließen, steht ebenfalls im Widerspruch zu den oben angeführten Verfügungen, Art. 88, § 4. Denn dort sind ausdrücklich die Personen als stimmberechtigt bezeichnet, die in Oberschlesien geboren sind oder bis zu einem noch näher zu bestimmenden Datum, das aber vor dem 1. Januar 1919 liegen muß, dort ihren Wohnsitz genommen haben. Da ist es also keine Frage, daß die im Reiche wohnenden in Oberschlesien Geborenen das gleiche Recht zur Abstimmung haben wie die von auswärts im Laufe der Jahre zugezogenen Polen.

Da die Polen selber spüren, wie unberechtigt diese Forderungen sind, stellen sie für den Fall der Ablehnung gleich neue auf. Sie verlangen, man solle dann doch wenigstens das Land in zwei Teile, in einen östlichen und einen westlichen, teilen und die Abstimmung zuerst im östlichen, dann im westlichen Teil vornehmen lassen. Die Abstimmung der Auswärtigen solle getrennt von der Willensäußerung der im Lande Wohnenden stattfinden. Auch hier ist die Absicht nur allzu klar. Warum soll das Land ganz willkürlich gerade in Ost und West geteilt werden, warum nicht z. B. in Süd und Nord? Etwa mit der Bahnlinie Oppeln—Kattowitz als Teilungslinie? Das würde allerdings nicht zur Folge haben, daß die stark polnischen Kreise geschlossen abstimmen und die fast rein deutschen Kreise des Westbezirks in ihrer Abstimmung beeinflussen könnten, wenn z. B. bei der Abstimmung der östlichen Kreise sich eine polnische Mehrheit ergeben würde. Wenn man dann noch durchsetzen könnte, daß die Auswärtigen getrennt abstimmen, so bestände später immer noch die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, daß die im Lande wohnende Bevölkerung für sich allein ein andres Abstimmungsergebnis erzielt hätte und damals die Hinzuziehung Auswärtiger eine schlaue deutsche Fälschung des Abstimmungsergebnisses gewesen sei. Man sieht also, alle polnischen Vorschläge und Forderungen sind nur darauf gemünzt, Verwirrung und Unklarheit zu schaffen, das Abstimmungsergebnis zu trüben — da man mit Recht eine wirkliche gesetzmäßige Abstimmung fürchten muß — und so im trüben zu fischen.

Abgesehen von der Rechtlosigkeit dieser Forderungen, sind die polnischen Vorschläge auch technisch undurchführbar. Eine Abstimmung erfordert immer eine riesige Inanspruchnahme und Ueberlastung der Bahn. Eine einfache Abstimmung stellt infolgedessen schon die schwersten Anforderungen an das Verkehrswesen. Eine doppelte Belastung, wie sie eine getrennte Abstimmung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201006/1